

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 68 (1988)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die EG und der Preis unserer Freiheit

Eigentlich ist es *das* schweizerische Thema für den Rest des Jahrhunderts, *die* Schicksalsfrage unserer wirtschaftlichen und damit weitgehend auch unserer politisch-gesellschaftlichen Zukunft. Doch die Präsentation der entsprechenden Analyse und Programmatik des Bundesrates vom 13. September schaffte es nicht einmal richtig zur «Schlagzeile» des Tages: Der mehr als 200seitige Bericht der Landesregierung über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess wurde zum Beispiel ausgerechnet im angeblich so integrationsfreundlichen Welschland eher beiläufig abgehandelt: Die «*Tribune de Genève*» rapportierte in der Ausgabe vom 14. September auf Seite 12, die «*La Suisse*» gar auf Seite 37.

In der deutschen Schweiz war es nicht viel anders. Zwar war die Medienpräsenz des Themas besser. Doch an einer Vortragsveranstaltung am Abend des 13. September in der Wirtschaftsmetropole Zürich wussten nur gerade zwei Teilnehmer von der Pressekonferenz des Bundesrates: Keine Spur von brennender Neugierde für die künftige Strategie der Landesregierung, erstaunlich wenig Interesse für allfällige Rückkoppelungen auf einzelne Wirtschaftszweige. Natürlich sieht es in den Chefetagen international tätiger Unternehmen anders aus. Und auch das Parlament stellt sich darauf ein, dass der «Binnenmarkt» in der Dezember-Session als Gegenstand einer Marathondebatte auserkoren ist.

Doch steht zu befürchten, dass es noch grosser Anstrengungen bedarf, um unser Verhältnis zur EG wirklich im nötigen Ausmass zum Dauerthema nicht nur den Experten in Wirtschaft und Politik, sondern der breiten Öffentlichkeit zu machen. Das aber ist unbedingt nötig, wenn grösserer Schaden vermieden werden soll.

Denn so viel wird jedem klar, der sich den Bericht des Bundesrates genauer ansieht: Wir stehen, politisch gesehen, vor einer Alternative, die gar keine ist, weil ein EG-Beitritt vor dem Volke in absehbarer Zeit keinerlei Gnade fände. Der Nichtbeitritt aber ist mit so vielen Nachteilen und offenen Fragen schwerwiegendster Art belastet, dass man nur hoffen kann, es gelinge unserem Land, an allen Fronten rasch genug und klug genug zu reagieren oder noch besser offensiv zu werden, um die drohenden Schäden optimal zu begrenzen.

Und hier nun liegt die eigentliche Crux. Einerseits eilt die Zeit. Der «Binnenmarkt»-Prozess der EG ist von einer Dynamik, die noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte. Da wimmelt es mit anderen Worten nur so von «Anschlüssen», die verpasst werden können. Darüber hinaus muss die Gefahr einer wachsenden Desorientierung der EG-Mitglieder nach innen ernsthaft in Rechnung gestellt werden, weil der massierte Vollzug der neuen «Richtlinien» — insgesamt sind es 286, die ein weites Spektrum beschlagen — zu erheblichen

Reibungen führen dürfte, die volle Konzentration der Kräfte erfordern. Das wird die Verhandlungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit gegenüber Drittstaaten ohne Zweifel nicht eben fördern.

Andererseits leben wir nach wie vor in einer Phase der Hochkonjunktur. Das wirtschaftliche Klima in unserem Land ist entsprechend entspannt. Darum ist es gar nicht so einfach, genügend Phantasie aufzubringen, um sich konkret vor Augen zu führen, was an Problemen auf uns zukommt. Dies um so mehr, als es sich um einen Prozess handelt, der

erst in der Summe ungezählter Einzelauswirkungen gesamtwirtschaftliches Gewicht bekommt. Es braucht mit anderen Worten viel Detailkenntnisse, aber auch genaue Übersicht, um die Situation im Griff zu behalten.

Und das ist eine gesamtpolitische Aufgabe, die nur angemessen gelöst werden kann, wenn sie von weitesten Kreisen als solche erkannt wird. Das alles wird anstrengend sein. Doch wenn wir diesen Preis unserer Freiheit nicht zu zahlen gewillt sind, dann wird eben diese Freiheit nur zu rasch mehr denn je gefährdet sein.

Richard Reich

Helvetischer Submissionswirrwarr

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung spielt es bekanntlich eine grosse Rolle, dass im Rahmen von Wettbewerbsbedingungen der *leistungsfähigste* Anbieter zum Zuge kommt, wobei der Begriff der Leistungsfähigkeit mannigfache Facetten aufweist, jedenfalls nicht nur, oder nicht notwendigerweise, allein mit dem Tiefstpreisangebot verbunden werden kann. Wer im neuesten Bericht der *Kartellkommission* über «*Das Submissions- und Einkaufswesen in Bund, Kantonen und ausgewählten Gemeinden*» (Nr. 2, 1988) blättert, der kann leicht feststellen, dass diesem Grundsatz bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand in einem lediglich höchst eingeschränkten Masse nachgelebt wird. Submissions- und Einkaufsordnungen nicht weniger Gemeinden und Kantone gleichen eher

einer *Heimatschutzveranstaltung*. Restriktionen der verschiedensten Art bewirken eine mehr oder weniger penetrante Protektion zugunsten des lokalen Gewerbes. Vom Wettbewerb ist oft nicht mehr allzu viel zu spüren. Die Kartellkommission empfindet die Verhältnisse in den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Waadt und Wallis als besonders gravierend und abschreckend. Die Mittel der *Steuerzahler* werden durch die öffentliche Hand nicht effizient eingesetzt; vielmehr versickern erhebliche Teile in den Löchern von wirtschaftlich nicht begründbaren Sonderbestimmungen.

Es handelt sich bei dieser Problematik nicht um eine Bagatelle oder um einen barocken Schnörkel in der helvetischen Wirtschaftsordnung, sondern um Beträge, die zu Buche schlagen.

Der Bund gibt für Einkäufe von Gütern und Dienstleistungen jährlich zwischen 5 und 6 Milliarden Franken aus; und von den Bauinvestitionen entfallen etwa 30% auf die öffentliche Bautätigkeit. Grund genug also, das Problem ernstzunehmen und in den richtigen Proportionen zu sehen. Das hat die Kartellkommission denn auch mit der gebotenen Zugriffigkeit getan. Ihre Befunde und Folgerungen lassen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig.

Die Initiative der Kartellkommission ist um so mehr zu begrüßen, als die Schweiz im EFTA-Vertrag und mit der Unterzeichnung des GATT-Übereinkommens *internationale Verpflichtungen* eingegangen ist, die gegen eine eigenbrötlerische und wenig zeitgemässe Abkapselung gerichtet sind. Art. 14 des EFTA-Vertrags beispielsweise auferlegt den Mitgliedstaaten,

dafür zu sorgen, dass die öffentlichen Unternehmungen durch ihre Praktiken die einheimische Produktion nicht bevorzugen und Lieferanten oder Käufer in Mitgliedstaaten nicht diskriminieren (Schutz- und Diskriminierungsverbot). Und im Rahmen der GATT-Tokio-Runde (1973/78) ist ein Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen erzielt worden, das eine schrittweise *Liberalisierung* visiert. Schliesslich ist vorauszusehen, dass die Schweiz auch im Zusammenhang mit dem Stich- und Reizwort «EG-Binnenmarkt 1992» mit dieser dornenvollen Frage konfrontiert werden wird. Es wäre deshalb zu hoffen, dass der neueste Kartellbericht dazu beitragen wird, die helvetische Introvertiertheit im Submissionswesen sukzessive abzubauen. Ein Luxus wäre dies jedenfalls nicht.

Willy Linder

Lech Walesa — gebraucht, missbraucht?

«Unser grundsätzliches Problem ist es, das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.»

Mieczyslaw Rakowski, Sekretär für Propaganda im Zentralkomitee des Politbüros, (»Der Spiegel«, 5. September 1988)

Von den «Fundamentalisten» der sieben Jahre nach Ausrufung des Kriegsrechts immer noch präsenten, nicht übersehbaren «Solidarność» — der einzigen von unten her aufgebauten Gewerkschaft im ganzen kommunistisch regierten Osteuropa — hat sich Lech Walesa distanziert und hat damit insbesondere die radikaleren jungen

Arbeiter enttäuscht. Sie fügten sich nur unwillig der Parole des Streikabbruchs, für die Walesa, von Werft zu Gruben und Fabriken eilend, plädiert hat — die harten Diskussionen konnten dank Lautsprecheranlagen jeweils von der ganzen Belegschaft mitgehört werden.

General Czeslaw Kiszczak, Chef der Sicherheitsdienste, der «zomos», war

bereits im Dezember 1981 Innenminister; sein Name, seine Tätigkeiten waren wie keine anderen mit harten Repressionen verbunden. Wenige Tage vor seiner Begegnung mit Walesa — und anderen — hatte er noch im Fernsehen mit Massnahmen gegen die Streikenden gedroht; er trug dabei, was er sonst als Innenminister nicht trug: die Generalsuniform.

Um Walesa nicht als Vertreter der noch verbotenen «Solidarność» bezeichnen zu müssen, wurde im Communiqué auf jede Identifizierung der Gesprächspartner verzichtet. Es sah so aus, als hätte ein Herr Kiszczak einen Herrn Walesa getroffen. Die Nachricht war in Kleindruck zwischen anderen Mitteilungen über Routinebegegnungen des Ministers mitgeteilt worden, als habe es sich um etwas Alltägliches gehandelt.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts, im Dezember 1981, war eine Reihe von Reformen durchgeführt worden, die in bestimmten Sektoren die Selbstverwaltung fördern sollten, sich jedoch nicht auf die Kommunalverfassung auswirkte und auch die Universitäten nicht erfasste. Die Reformen hatten den Mangel, dass sie einen gewissen Pluralismus vorsahen, aber nicht dem Bedürfnis nach Vertretung der Gruppen entsprach, ohne die es zu solchen Reformen nicht gekommen wäre und dass sie das staatliche Monopol der Entscheidung über Investitionen nicht antastete. Wegen des Glaubens an den besonderen Wert der Schwerindustrie — auch mit veralteten, abgenutzten Maschinen und nicht konkurrenzfähig, den Bedürfnissen der Bevölkerung in keiner Weise entsprechend — wird von der Staats- und Parteiführung daran festgehalten; neunzig

Prozent der Investitionen werden an Betriebe vergeudet, die längst hätten stillgelegt werden sollen.

Zu den realistischen Beurteilungen der Lage gehört ein Bericht von Ernest Skalski in «Kontinent». Daraus ist zu zitieren: *«An der Spitze der Regierung sind alle für die Reform, und zwar ernsthaft, denn dass die Lage schlecht ist, sieht jeder.»* Nur verteidigt jeder seine Interessen. *«Es ist die Summe der erfolgreich verteidigten Interessen, die alle wirksamen Veränderungen (...) abgeblockt hat.»* Zwar spielten sich die Debatten öffentlich ab und die Zensur sei erheblich gelockert — ein Vertreter der unabhängigen Zeitschrift «Res publica» war in jenem «historischen» Gespräch dabei —, doch folgte auf die Ankündigungen fast nichts Greifbares. Den Betrieben wurden Entscheidungen zugestimmt, doch hatten sie keine Möglichkeit, sie zu verwirklichen. Löhne und Gehälter werden sehr niedrig gehalten — hier ist einzufügen, dass die Grubenarbeiter, insbesondere, wenn sie auch sonntags ihre Schicht machen, Coupons zum Einkauf in Geschäften erhalten, in denen Waren zu finden sind, die der normale Käufer vergeblich sucht. Doch sind in der Entwertung des Geldes auch diese relativ Privilegierten extrem unzufrieden, wie sich bei der zweiten Streikwelle des Jahres gezeigt hat. Skalski macht geltend: *«Der Energie- und Materialverbrauch der polnischen Wirtschaft ist zwei bis dreimal so hoch wie im Westen, die Arbeitsproduktivität mindestens vier bis fünfmal geringer.»*

«Es ist an der Zeit, dass der Sozialismus jene Mechanismen nutzt, die im Kapitalismus entwickelt wurden, um die Effizienz seiner Wirtschaft zu heben.» Eine Empfehlung westlicher Gläubi-

ger? Keineswegs. Das sagt — im Gespräch in *«Die Zeit»* vom 26. August — Wladyslaw Baka, Präsident der polnischen Nationalbank. Und er verdeutlicht: *«Der Sozialismus in Europa muss seine Geburtsfehler beseitigen, nämlich sein falsches Verhältnis zum Geld und zur Geld-Ware-Beziehung.»*

Gegenwärtig findet eine Polarisierung statt zwischen jenen nicht wenigen, die das dirigistisch-chaotische System zu nutzen wissen, um es zu erklecklichen Vermögen zu bringen, und der grossen Mehrheit, deren Existenz immer schwieriger wird, was sich auch in Erhebungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung ausdrückt. Damit entsteht — und es gilt auch für das liberale Ungarn — eine Klassenscheidung, die der Sozialismus (wenn wir das staatsbürokratische Einparteiensystem so nennen wollen) vermeiden wollte, aber in Wirklichkeit verstärkte. Der Spätkommunismus in Polen kennt die Übel des Frühkapitalismus, jedoch nicht, was aus diesen hinausführte.

Wenn *«Solidarność»* als unabhängige Gewerkschaft anerkannt wird, wie es einhellig alle Streikenden von der Küste bis nach Schlesien forderten, stellt sich die Frage: Ist aus dieser Legalisierung und Legitimierung — sie wurde acht Jahre zuvor, am 31. August 1980, schon einmal garantiert! — Remedur zu erhoffen für die Grundübel im wirtschaftlichen und sozialen Bereich? Ein Berater Lech Walesas, der Historiker Bronislaw Geremek — sein klassisches Werk über die Armut seit dem Mittelalter wird nach der italienischen und der französischen Übersetzung nunmehr deutsch erscheinen — fürchtet den Erwartungsdruck, dem

diese Gewerkschaft nicht gerecht werden könnte. Dann wäre eine Alternative, auf die sich so viele Hoffnungen richten, ebenfalls kompromittiert, und es gäbe nur wilde Proteste und Streiks, harte Repression und keine Vermittlung. Geremek hält für unausweichlich, dass sich eine Vielfalt von Gruppen und Clubs bilden darf, um ein spontanes gesellschaftliches Leben zu entfalten.

«Solidarność» allein könnte es auch nicht schaffen, wenn die herrschende Partei sich mit ihr redlich verbünden würde, was keine sonderlich realistische Perspektive ist. Könnte *«Solidarność»* die Schliessung von defizitären Betrieben vertreten, für die keine Chance der Gesundung besteht, wo sie selber nicht zuletzt in der Schwerindustrie ihre Anhänger hat?

Solange Kirche und *«Solidarność»* die einzigen, nicht der Partei botmässigen Kräfte sind, richten sich alle Erwartungen auf sie, und sie haben in diesen Tagen mehr als bisher zusammengewirkt. Doch zum Abbau jener Schwerindustrie, auf die *«COMECON»* und insbesondere die Sowjetunion grössten Wert legt, und die auch den Rüstungssektor bestimmt, gehört mehr als diese, im Volk verwurzelten Kräfte bewirken können.

Die radikale Selbstbeschränkung, der Abbau einer Staatswirtschaft mit ihren Privilegien und Verzerrungen, müsste von der Spitze selber beschlossen werden, die damit in anderen Bereichen ihre Autorität am ehesten bewahren könnte. Initiativen müssten eine Chance gegeben werden, die die Durchsichtigkeit der Berechnungsmassstäbe zur Bedingung hätten und damit einer viel weitergehenden Veröffentlichungsfreiheit, die aber nicht als Organisation zu definieren sind. Es

geht um das Wegschaffen einer ungeheuren Last, um den Verzicht auf ein kopfloses Wirtschaften, von allerlei Reformankündigungen begleitet, dessen Scheitern die Verantwortlichen offen eingestehen.

Denn an Offenheit der Diskussion fehlt es nicht. An «Glasnost» ist Polen

weit voraus. Zur «Perestroika», die allerdings in Polen weit über Gorbatschows Horizont reichte, trägt diese Öffentlichkeit bisher wenig bei. Und die Sorge, dass Walesas Ansehen missbraucht oder verbraucht würde, ist berechtigt. Noch ist Polen nicht gerettet.

François Bondy



**Schnell ein
feines Dessert!
Vom Sprüngli-
Hauslieferdienst.**

Paradeplatz, Hauptbahnhof, Shop Ville,
Löwenplatz, Stadelhoferplatz, Glattzentrum,
SC-Spreitenbach, Airport-Shopping Kloten



Unbeschwert mit einer guten Versicherung

Schweizerische Mobiliar
Versicherungsgesellschaft

...macht Menschen sicher